

PUA-Anhörung, 26.4.2024

Die Berliner Polizei hat sicher Nazis in ihren Reihen - aber um mit ihrer Struktur und ihrem Personal rechte, rassistische Taten **nicht** aufzuklären, braucht es sie nicht.

Warum ich hier spreche.

Ich war mehr als 20 Jahre als Opferberaterin bei ReachOut tätig. Mehr als 20 Jahre das sind zwei Polizeipräsidentinnen und zwei Polizeipräsidenten: Glietsch, Interim Koppers, Kandt, Slowik. Ich spreche mit Erfahrungswissen.

ReachOut wurde 2001 gegründet. Mit dem neuen Programm der Bundesregierung Civitas sollte erstmals auch den Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Bedrohung eine Unterstützung- und Beratungsstruktur zur Verfügung stehen. Bis dahin wurde der Blick nur auf die Täter und ihre vermeintlichen Defizite und Bedürfnisse gerichtet.

Zunächst gab es nur Mittel für den Aufbau einer Beratungsstruktur in Ostdeutschland, weil dort das Fehlen einer Zivilgesellschaft vermutet wurde und das Problem Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus gerne in den Osten gedacht wurde. Das war schon damals eine falsche Analyse. Und weil wir in Berlin sind, waren wir als einziges Projekt für Osten und Westen zuständig. Tatsächlich erhielten wir anfangs mehr Meldungen über gewalttätige Angriffe aus Ostberlin, vermutlich weil unsere Kontakte in Ostberlin zuverlässiger funktionierten. Das änderte sich relativ schnell und beide Teile der Stadt glichen sich bezüglich der Angriffssituation an. Von Anfang an waren wir mit Neukölln beschäftigt.

ReachOut heißt Projekt, ist aber im Prinzip Teil einer unentbehrlichen Beratungsstruktur in dieser Stadt seit 23 Jahren. Eine ausführliche Darstellung über die Arbeitsschwerpunkte haben Sie von ReachOut schon erhalten.

Es gibt drei Aufgabengebiete:
Recherche und Dokumentation
Beratung
und Bildung

Meine Aufgabe war die Recherche zu den Angriffen und die Möglichkeiten, die Opfer zu erreichen und die Beratung.

Was heißt das?

Die aktive Suche und Kontaktaufnahme mit den Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt ist Teil des Konzeptes und somit Teil des Auftrags der finanzierenden Institutionen in Bund und Land. Wir waren von Anfang an damit

konfrontiert, dass wir den Kontakt zu Betroffenen, potentiellen Ratsuchenden mühsam herstellen mussten. Dazu bin ich an Tatorte gefahren, habe Projekte in der Umgebung der Tatorte besucht, Feuerwehr, Polizei und Krankenhäuser kontaktiert. Immer mit Blick darauf, eine Möglichkeit zu finden, den Betroffenen die Information, dass sie ein Recht auf Beratung haben, zukommen zu lassen.

Natürlich gab es deswegen auch sehr viele Kontakte zum LKA 53, zur Auswertereinheit und auch zu Ermittler*innen.

Zum Umfang der Problemlagen bei der Polizei allgemein

Ich möchte nicht all die krassen Aussagen der Beamten, mit denen ich im Laufe der Jahre konfrontiert war, hier aufzählen. Nur zur Illustration dafür, wie umfangreich die Probleme der Berliner Polizei auf allen Ebenen sind:

Polizeibeamte in Abschnitten weigerten sich, Anzeigen gegen Nazis entgegen zu nehmen, (Beschwerde beim Polizeipräsidenten)

Eine Frau wurde in der Straßenbahn in Marzahn/Hellersdorf angegriffen und ihr wurde das Kopftuch abgerissen. Ich habe über das zuständige LKA 53 versucht, die Information, dass die Frau zur Beratung kommen kann loszuwerden. Es ging uns immer darum, die Beamten und Beamtinnen, ganz unten und ganz oben über unser Angebot zu informieren, sozusagen Öffentlichkeitsarbeit aber auch Sensibilisierung für die Belange der Opfer und für mögliche Tatmotive der Täter*innen zu leisten. Immer in der Hoffnung, bessere Bedingungen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Bedrohung herzustellen. Antworten auf die Fragen der Opfer nach den Tatmotiven ist für deren Möglichkeiten der Verarbeitung entscheidend.

Die Antwort des Beamten, der den Fall der Frau mit dem Kopftuch zu bearbeiten hatte war: „Frau Seyb, solche Leute gehen nicht zur Opferberatung, die gehen zum Paten“. Da geht schon viel durcheinander. Wo fange ich da mit Sensibilisierung an? Und vor allen Dingen wie heißt der zuständige Pate. Dazu keine Information.

Solche Beispiele gibt es viele und nicht nur beim LKA 53. Anderes Beispiel aus dem Alltag:

Ich habe zusammen mit einer schwarzen Frau, die Opfer rassistischer Gewalt geworden war, einen Termin zur Anhörung beim LKA 53. Wir stehen vor der Tür und es steht dort auch ein Typ, nicht sehr gepflegt, aber vermeintlich hilfsbereit. Er fragt uns wohin wir wollen und ich frage zurück, wer er sei und warum er fragt. Wir sahen ja nicht hilflos aus. Er antwortet, er sei von der Abteilung für „schöne Frauen“ und es hätte ja sein können, dass wir zu ihm wollen. Ich habe ihn geschockt stehen gelassen, weil ich in Begleitung der Ratsuchenden mit dem jetzt nicht diskutieren wollte. Am Ende der Zeuginnenaussage habe ich dann die Ermittlerin vom LKA 53 gefragt, was

sie denn denkt, wofür die Abteilung für Schöne Frauen zuständig sei. Nur um mich zu vergewissern, dass ich nicht völlig durchgeknallt bin. Sie bestätigte, dass das nur als Prostitution übersetzt werden kann. Also fuhr ich ins Büro und schrieb eine Dienstaufsichtsbeschwerde.

Im Laufe der Jahre war ich weniger überrascht über Verhalten und Äußerungen von Polizeibeamt*innen, sondern war stets auf Alles vorbereitet. Wenn nötig war ich bereit, Dienstaufsichtsbeschwerden zu schreiben. Ob es bei der Berliner Polizei rechte Strukturen gibt? Kommt wohl drauf an, was wir als Strukturen sehen wollen.

Ich habe hier in den Anhörungen wahrgenommen, dass es zuweilen bedauert wurde, auch vom Ausschuss, dass (2015 oder 2013) 50% der Belegschaft im LKA ausgetauscht wurde. Auch das habe ich bei den Begleitungen der Ratsuchenden natürlich wahrgenommen. Vor dem Austausch schlug uns ein erhebliches Misstrauen entgegen. Das ging so weit, dass ein in der Hierarchie weit oben angesiedelter Beamter sich in einer Befragung hinter mich setzte, um zu überwachen, dass ich nichts sage, weil ich mich wohl früher mal aus Versehen ungefragt zur Wort gemeldet hatte. Soviel zu Überlastung des Personals.

Eine Schreibkraft erzählte damals, dass die „Bärenführer,, jetzt fehlen würden. Damals war mir nicht klar, dass das ein feststehender Begriff im Apparat ist. Ich dachte, das sei ein Scherz. Von Frau Slowik wissen wir nun, dass sie alle so reden und sich verstehen.

Bärenführer führen die jungen Polizeibeamten in alle Aufgaben ein. Wenn die dann fehlen, können sie natürlich auch nicht mehr ihre abwertenden Ansichten über Beratungsstellen, insbesondere ReachOut weitertragen. Das hilft uns zuweilen im Alltag.

Ich habe den Austausch des Personals 2015 also zunächst sehr begrüßt, weil sowohl die Ratsuchenden als auch wir als Begleitung nun nicht mehr extrem schlecht und misstrauisch behandelt wurden, sondern einfach professionell. Es gab sogar jetzt die Situation, dass der weinenden Zeugin ein Glas Wasser angeboten wurde. Es führte leider nicht dazu, dass die Aufklärungsquote besser wurde.

Als ich einen Ratsuchenden, geflüchtet aus Syrien, zur Zeugenaussage im Dezember 2016 begleitete, sagte mir der Beamte sofort, dass wir mit einer Aufklärung der gefährlichen Körperverletzung nicht rechnen können, weil am gleichen Tag das Attentat auf dem Breitscheidplatz stattgefunden habe. Für mich erstmal eine verwunderliche Aussage. Der Angriff hatte in Lichtenberg stattgefunden. Der sehr junge Ratsuchende war von einer Gruppe gleich dunkel gekleideter, nicht ganz junger Männer mit einem Teleskopschlagstock angegriffen und schwer verletzt worden. Meine Idee war, die einschlägig bekannten Nazis in der Weitlingstraße, wo der Angriff stattgefunden hatte aufzusuchen und mal nach ihren Teleskopschlagstöcken zu befragen. Die Erklärung des Beamten war: Nach der Berichterstattung über das

Attentat am Breitscheidplatz könne jede Person für so einen Angriff in Frage kommen. Teleskopschlagstöcke könne jede Person im Internet kaufen. Also haben sie nicht ermittelt. Und die offensichtlichen Nazis kamen wie immer davon ohne auch nur mit einer Ansprache irritiert zu werden. Die Kontinuität der Ignoranz bestand fort.

Wobei ich endlich beim Mord an Burak angekommen bin.

Nach dem Mord an Burak Bektaş war ich natürlich auch mit der Recherche nach Hinterbliebenen, den anderen Betroffenen, überhaupt Kontaktsuche beschäftigt.

Warum, wenn ich nicht wusste, was der Hintergrund der Tat war?

Wir wussten sehr oft nicht, was Hintergründe waren und haben genau aus diesem Grund recherchiert, mit den direkt Betroffenen Kontakt gesucht, weil wir viele Gründe sehen, nicht nur der Definition der Polizei zu vertrauen. Diese Erfahrung gab es schon lange vor der Selbstenttarnung des NSU. Nach November 2011 lagen die Nerven blank, weil wir alle auf die Erzählungen der Ermittlungsbehörden und von dort übernommenen Definitionen der Medien reingefallen waren. Nie wieder sollten Betroffene und Hinterbliebene mit so einer Tat alleine stehen, nie wieder ohne unsere Unterstützung durch dieses Trauma gehen müssen.

Schon 2012 gründete sich daher auch die Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş, die seither sowohl das Gedenken an den nicht aufgeklärten Mord organisiert, als auch die offenen Fragen immer wieder auf die Tagesordnung bringt. Die Erfahrung zeigt, dass nur dort, wo die Betroffenen und UnterstützerInnen sich organisieren, die Fälle nicht in Vergessenheit geraten. Ich bin von Anfang an und bis heute Teil der Initiative.

Erst spät konnte ich dann mit meiner eigentlichen Opferberatungsarbeit anfangen. Wie Sie hier schon gehört haben, gab es immer wieder Bestrebungen von unterschiedlichen Seiten, die Opferberatung außen vor zu lassen, von Leuten wie dem Beamten M., weil sie sich für unfehlbar halten aber auch von AnwältInnen, weil sie zu eng mit der Polizei kooperieren wollen, wie die erste Anwältin der Familie. Von ihr wissen wir bis heute nicht, wie sie an das Mandat gekommen war. Sie war weder für die Opferberatung noch für die Initiative ansprechbar. Die Familie war der Meinung, dass sie vom Konsulat geschickt worden war. Nach Rücksprache mit dem dortigen Juristen, war das sicher nicht der Fall.

Wenn es also sein konnte und bis heute kann, dass wir aufgrund der Umstände einer Tat und der möglichen Tatmotive zuständig sind, dann sind wir zuständig bis uns jemand das Gegenteil beweisen kann.

Was waren also die Überlegungen nach diesem Mord?

Die Anzahl rechter rassistischer Angriffe in Neukölln waren 2012 auffällig angestiegen.

Sieht aus wie eine Nachahmungstat des NSU. Mann kommt, schießt und geht wortlos.

Die Betroffenen passen ins Bild. Alle haben eine Migrationsgeschichte.

Die Umstände der Tat legen ein rassistisches Motiv nahe.

In welcher Zeit geschah der Mord, was war los in dieser Stadt? Womit war ich sonst so beschäftigt? Mit Blick auf die Veröffentlichungen von Korrektiv zu Beginn diesen Jahres möchte ich anhand des Beispiels auf die schon sehr lange andauernde Bedrohungssituation von Menschen mit Migrationsgeschichte hinweisen.

Ausweisungsphantasien/Pläne sind nicht erst seit November letzten Jahres bekannt sondern seit vielen Jahren.

Im Vorfeld des Mordes im Februar 2012 tauchte ein achtseitiger Brief von der sogenannten Reichsbewegung auf.

Ich zitiere daraus: „Dieser Aufruf richtet sich an alle raum- wesens, und kulturfremden Ausländer in Deutschland, insbesondere an Türken, Muslime, und Negroide (Schwarze und Halbschwarze)“....

Und weiter:

„Wir weisen Sie hiermit unmißverständlich und mit sofortiger Wirkung aus Deutschland aus und fordern Sie auf, Deutschland innerhalb der nächsten sechs Monate (allerspätestens bis zum 1. August 2013) zu verlassen.“

Falls das nicht geschehe : „ Sie zwingen uns in diesen Fällen systematisch Haus für Haus, Straße für Straße, Ort für Ort und Stadt für Stadt mit Gewalt gegen Sie vorgehen zu müssen, was wir nicht wollen, wie mehrfach zuvor erklärt. Wer dann in Städten und Gemeinden, die von Ausländern bereinigt wurden, nochmals angetroffen wird und Widerstand leistet, wird standrechtlich erschossen. Ohne Ausnahme.“

Dieser Brief wurde von Personen stadtweit in Briefkästen gesteckt: Von Moscheen, bei Synagogen, bei Jugendclubs z.B. in Spandau und in Kreuzberg. Aber auch Personen, die einfach nur einen arabischen Namen hatten, z.B. im Wedding fanden diesen Brief. Ich selbst habe damals einen Ratsuchenden bei der Anzeigenerstattung begleitet, weil mal wieder der lokale Abschnitt sich geweigert hatte, die Anzeige aufzunehmen. Sein Argument: Er hatte schon Anzeigen aus dem selben Grund. Könnten wir auch wegschmeißen. Wir erstatteten direkt beim zuständigen LKA 53 Anzeige. Das Ermittlungsverfahren wurde nach nicht sehr langer Zeit eingestellt ohne Ergebnis. Es wurde uns berichtet, dass Menschen mit Migrationsgeschichten aufgrund dieser Aufforderung tatsächlich das Land verlassen haben. Sowie Menschen nach den Enthüllungen von Korrektiv, sich jetzt Wohnungen in der Türkei kaufen, was sie davor nie geplant hatten.

Warum schildere ich dies so ausführlich?

In der kleinen Anfrage vom 12.4.2013 Nr.17/11880 wird gefragt, ob bei den Ermittlungen ein Zusammenhang mit dem Reichsbürgerspektrum in Erwägung

gezogen wird. Frank Henkel beantwortet diese Frage – und diese Antwort kann er nur vom LKA bekommen haben - mit einem Satz: „ Es existiert kein polizeilich definierter Begriff eines „Reichsbürgerspektrums“.“

Der Leiter vom LKA hat sich dafür entschuldigt. Löblich. Das reicht aber nicht. Wir wollen ja Ermittlungen.

Am 4.4.2012 war ich auf dem Podium bei einer Informationsveranstaltung zu Aktivitäten der Neuköllner Nazis. Warum gibt es eine solche Veranstaltung? Naziaktivitäten im Süden waren mal wieder besonders auffällig.

Sie haben von ReachOut bereits Aufstellungen über die Zahl der Angriffe in den zu untersuchenden Jahren bekommen.

Darin sehen Sie, dass die Zahl rechter rassistischer gewalttätiger Angriffe in Neukölln gestiegen war. Zusätzlich zu den Sachbeschädigungen u.a. auf das Schmaus-Haus im Vorjahr, auf das Haus von Frau Schott und so weiter. All das liegt ihnen auch in Form der Stellungnahmen der betroffenen Zeuginnen, der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus und des Berliner Registers vor.

In der Nacht nach der Veranstaltung wird auf junge Männer und Jugendliche mit Migrationsgeschichte geschossen. Burak ist tot und Freunde sind schwer verletzt. Kaum eine andere Überlegung ist naheliegender als dass es Zusammenhänge geben könnte mit Germanisierungsphantasien, mit rassistischen Attacken, mit dem Bestreben, die Ideen des NSU weiter zu verfolgen.

Nach dem Mord – Beispiele des Versagens

Ich bin seit vielen Jahren in engem Austausch mit den Betroffenen dieses Anschlages insbesondere mit Frau Bektaş. Viele Polizeibeamte haben sich mit dem Mord beschäftigt ohne dass klar wurde, was sie beschäftigt, wozu sie da sind. Regelmäßig kam z.B. eine „Susanne,“ zu Besuch. Es hat mich ein bisschen Mühe gekostet, herauszufinden, wer sie ist. Sie kam und sprach mit Frau Bektaş. Zunächst dachte ich, sie sei eine Psychologin. Das war so nicht. Sie gehörte zu AGIA, Arbeitsgebiet interkulturelle Aufgaben der Direktion 5 erklärte mir der Versammlungsleiter auf einer der Demonstrationen. Bis heute ist auch Frau Bektaş nicht klar, was ihre Aufgabe gewesen sein könnte. Gab es ein interkulturelles Problem? Für wen gab es das?

Ich war erschüttert, als mir Frau Bektaş erzählte, dass der Kommissar H. so betroffen gewesen sei, dass er mit Frau Bektaş geweint habe, weil sein Kind nur mal kurz weg gewesen sei und ihn das sehr belastet habe. Was für eine Unverschämtheit, eine extrem belastete Mutter eines Erschossenen, mit dem eigenen Erleben zusätzlich zu belasten. Frau Bektaş, als sehr zugewandte Person, hat ihn dann bedauert. Für mich

als Opferberaterin, absolutes Versagen dieses Beamten oder Kalkül, um das Vertrauen der Familie zu gewinnen.

Ein weiteres Beispiel für das unzulängliche Agieren von Kommissar H.: Die Anzeige gegen Mandy P.

Ich selbst habe nach einem Hinweis auf die Facebookseite von Mandy P. am 19. April 2013 Anzeige gegen diese Person erstattet. Sie hatte in einem Post auf ihrer Facebookseite geschrieben, dass sie mal im ZDF XY Ungelöst gucken wolle. Dort werde über den Mord an dem „Kanaken“ vor ihrer Haustür berichtet. Sie hoffe, dass keine Hinweise gefunden würden. Nach unserer Einschätzung war das in mehrerer Hinsicht zu untersuchen, wegen Herabsetzung eines Verstorbenen und natürlich könnte es sich bei der Frau um eine Zeugin handeln, die den Täter kennt und daher möchte, dass er nicht gefunden wird. Dieser Post wird im einschlägigen rechtsradikalen Spektrum gemocht.

Ich habe damals gedacht, es sei sinnvoll, diese Anzeige mit den Ermittlungen im Mord an Burak zu verbinden. Daher informierte ich den für den Mord zuständigen Staatsanwalt, dass es sinnvoll sein könnte, die Verfahren zu verbinden. Leider führte das dazu, dass Kommissar H. Frau P. einlud und befragte. Ich vermute, vollkommen ohne Wissen über die Naziszene, die den Post geliked hatte, über ihre Freunde, über ihre Aktivitäten. Sie habe ihm erzählt, dass sie manchmal auf einem Geburtstag war. Mehr nicht. Hübner glaubt das offenbar. Sie habe nicht erklären können, warum sie den Post abgesetzt habe. Sie sei ein harmloses dummes Mädchen.

Das Verfahren gegen Mandy P. wurde mit Beschluss des Amtsgerichtes Tiergarten vom 7. März 2014 eingestellt (§ 153 Abs. 2 StPO). (Im Mai 2015 habe ich den Vorgang zum LKA gegeben. Sie wollten sich das noch einmal angucken. Es geschah nichts.

Über all diese Geschehnisse sind seit 2013 fortlaufend immer wieder in diesem Hause Kleine Anfragen gestellt worden. Diese wurden häufig nichtssagend bis hin zu frech lügend beantwortet. Das wurde zur Genüge dargelegt. Eine Liste der relevanten Anfragen überreiche ich.

Was die Familie zusätzlich gequält hat. Ein Beispiel:

Am 8.4.2019 wurden falsche und verletzende Aussagen über Burak im Berliner Kurier abgedruckt. Der langjährige Polizeireporter Philippe Debionne behauptet, Informationen aus Polizeikreisen erhalten zu haben, dass Burak in eine Straftat verwickelt gewesen sei und aus Rache ermordet worden sei. Für diese Behauptungen gibt es keinerlei Grundlage. Ich behaupte, dass Debionne diese vermeintlichen Infos aus dem Polizeiapparat bekommen und falsch übernommen hat. Ob dies wissentlich oder aus anderen Gründen passierte, sei dahin gestellt. Möglicherweise in Erwartung seriöserer Infos in Zukunft. Der damalige Polizeisprecher, selbst mit

Rassismuserfahrung, rief an und beteuerte, wie leid ihm das Geschehen tue und dass er sich für ein Ermittlungsverfahren einsetzen wolle. Das hatte auch der damalige Innensenator in Aussicht gestellt. Das passierte natürlich nicht. Warum?

Bei einem Gespräch mit Generalstaatsanwältin Koppers, STA von H. und dem jetzt zuständigen Staatsanwalt wurde dieser Vorfall erneut zur Sprache gebracht, da die Familie sehr verletzt war über dieses Nachtreten vom Kurier. STA von H. beteuerte damals, dass es nicht möglich sei zu ermitteln, da der Polizeiapparat aus 27 000 Personen bestehe. Das würde bedeuten: Je größer dieser Apparat ist, desto unbehelligter und gänzlich unkontrolliert können alle seine Mitglieder agieren. Sie fühlen sich nicht nur sicher, sie sind sicher. Wenn das die Strukturen ausmacht, dann sind offensichtlich zusätzliche rechte Strukturen nicht nötig.

Melek Bektaş war bei der letzten Sitzung des Ausschusses hier. Sie kann heute nicht mehr hier sein, weil es sie sehr anstrengt. Insbesondere die verletzende Art des zuerst zuständigen Staatsanwaltes war schwer erträglich. Offenbar hat er nicht nur seine Aufgaben als „Herr des Verfahrens“ nicht wahrgenommen, sondern musste jetzt auch noch den Eindruck vermitteln, dass ihm ein „Ausländer“ mehr oder weniger gleichgültig ist.

Die Familie hätte nie gedacht, dass der Mörder ihres Sohnes nicht gefunden wird. Darüber ist sie sehr enttäuscht. Und Frau Bektaş kann es nicht überwinden, wie sie am 5. April 2012 vom Tod ihres Sohnes erfahren musste. Sie wurde von dem Bruder eines der Opfer informiert. Er kam an ihre Haustür und sagte ihr, dass Burak was Schlimmes passiert sei. Die Familie ist daraufhin zum Abschnitt am Zwickauer Damm gefahren, um Informationen zu bekommen. Dort wurden sie aufgefordert, den Namen des Sohnes auf einen Zettel zu schreiben. Dann mussten sie 45 Minuten warten. Daraufhin ist Frau Bektaş, wie sie sagte „ausgerastet“ und nach Hause gefahren, dann ins Krankenhaus, das in der Nähe ist, dann wieder zum Zwickauer Damm. Von dort wurden sie zur Mordkommission in der Keithstraße geschickt. Es ist bis heute eine schwere Belastung für Melek Bektaş diese grauenhafte Situation zu schildern und gleichzeitig, ist es diese Situation, die sie erzählt, wenn es darum geht, zu überlegen, was hätte besser laufen müssen.

Gefragt nach ihren Erwartungen an den Ausschuss:

Nach Einschätzung der Familie ist es Rolf Zielezinski, der Mörder von Luke Holland, der auch als Mörder von Burak in Frage kommt. Frau Bektaş fragt sich, was getan wurde, um herauszufinden, aus welchen Gründen er es nicht gewesen sein soll. Sie fragt, warum machen sie ihre Arbeit nicht richtig? Warum haben sie eine Mauer gegen die Familie aufgebaut? Warum muss die Familie selbst soviel Kraft und Initiative aufbringen, damit ermittelt wird?

Die Familie hat einen Sohn verloren und muss aber mit dem Mörder leben. Vielleicht ist er ganz in der Nähe, wenn es nicht Zielezinski war? Das ist keine Gerechtigkeit!

Das waren die Worte, die mir Frau Bektaş ausdrücklich für heute mitgegeben hat.

Abschließende Worte von mir:

Es ist mehr als bedauerlich, dass der Ausschuss offenbar spontan und ohne langfristige Planung agiert. Der Themenkomplex zu den Tötungsdelikten an Burak Bektaş und Luke Holland wird sehr kurzfristig anberaumt.

Dadurch haben Expert*innen u.U. nicht die Möglichkeit angehört zu werden, weil es ihnen nicht möglich ist, diese Einladung noch in eng getaktete Verpflichtungen einzubauen.

Familie Bektaş wird zum Todestag auch noch mit der Belastung des Ausschusses konfrontiert. Es gibt bessere Zeitpunkte im Jahr für diesen Themenkomplex.